

Frankreich in der Krise: Warum Deutschland nicht das Gleiche droht



Pippa Kolmer, Carl Mühlbach und Marina Guldemann vom Thinktank Fiscal Future. (Fionn Grosse/Fiscal Future)

Wer ängstlich nach Paris blickt, läuft Gefahr, die eigentlichen Herausforderungen hierzulande zu verschleppen, schreiben die Experten von Fiscal Future. Eine zukunftsgerichtete Finanzpolitik habe dagegen das Potenzial, Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zurückzugewinnen.

PK Pippa Kolmer **CM** Carl Mühlbach **MG** Marina Guldemann

Frankreich ist in der Krise. Innerhalb weniger Monate ist die zweite Regierung zu Fall gekommen – und wieder war es ein Sparhaushalt, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat.

Manch einer sieht Frankreich nun als warnendes Beispiel für Deutschland. Doch bei genauer Betrachtung fällt auf, dass die Probleme in Frankreich vor allem eins sind: französisch. Sie lassen sich nicht einfach so auf Deutschland übertragen. Wer so argumentiert,

übersieht die ökonomischen und institutionellen Unterschiede zwischen den beiden Ländern.

Allein rein numerisch betrachtet ist die Situation in beiden Ländern eine völlig andere.

Frankreich hat aktuell eine Schuldenquote von rund 114 Prozent, diese soll laut IMF-Prognosen bis 2030 auf mehr als 128 Prozent steigen. In Deutschland lag die Schuldenquote 2024 bei 62,5 Prozent und soll trotz Sondervermögen und Verteidigungsausgaben laut Prognosen des IWF bis 2030 nur auf rund 75 Prozent steigen.

Wichtiger sind hingegen die strukturellen Unterschiede. Frankreich hat seit vielen Jahren keine nachhaltige Haushaltspolitik. In Deutschland hingegen wurde über die letzten Legislaturen hinweg konstant viel zu wenig investiert, um die grundgesetzliche Schuldenbremse einzuhalten. Das Ergebnis: Ein riesiger Sanierungsstau. Am Freitag wurde die Kreditwürdigkeit Frankreichs herabgestuft. Dass Deutschland hingegen mit dem Finanzpaket Schulden aufnimmt, um zu investieren, wird von internationalen Anlegern und Rating-Agenturen positiv bewertet.

Ist die richtige Lehre aus der französischen Haushaltskrise, sich an unsere Schuldenbremse zu klammern? Im Gegenteil: Eine starre Fixierung auf die Schuldenbremse blockiert dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur, Verteidigung und Klimaschutz, von denen ganz Europa profitiert. Wer ängstlich nach Paris blickt, läuft Gefahr, die eigentlichen Herausforderungen hierzulande zu verschleppen.

Es war ein wichtiger Schritt, dass die neue Bundesregierung mit dem Sondervermögen Infrastruktur ermöglicht, endlich ausreichend in die Modernisierung des Landes zu investieren. Nicht die Schuldenquote allein entscheidet über die Tragfähigkeit, sondern die Stärke unserer Volkswirtschaft. Obwohl unsere Schuldenstandsquote durch das Finanzpaket steigt, ist unsere Schuldentragfähigkeit weiterhin gewährleistet. Jeder Euro aus dem Sondervermögen, der in Schulen oder Brücken fließt, zahlt sich aus: Investitionen sorgen für Wachstum und höhere Steuereinnahmen, die zur Zahlung des Schuldendienstes verwendet werden können. So sinkt der Druck auf die Haushaltspolitik – und damit das Risiko einer politischen Ausnahmesituation wie in Frankreich.

Frankreich ist also gerade kein warnendes Beispiel für Deutschland. Denn die tatsächliche Gefahr für Deutschland liegt im weiteren Verschlafen der notwendigen Investitionen. In der Haushaltspolitik sollten daher verschiedene Grundsätze für verschiedene Länder gelten. Das hat auch die EU in der Reform ihrer Fiskalregeln im April 2024 anerkannt. Die neuen Regeln sehen vor, dass jeder Mitgliedstaat bei Nichteinhaltung der Regeln einen länderspezifischen Ausgabenpfad mit der EU-Kommission vereinbart.

Diese Flexibilisierungslogik muss auch in der deutschen Schuldenregel stärker Einzug erhalten. Trotz Finanzpaket braucht es langfristig weiterhin eine kluge Reform der Schuldenbremse. Wie diese aussehen kann, hat Fiscal Future kürzlich in einer Kurzstudie gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung erarbeitet. Darin beleuchten wir vor allem auch, wie der aktuell geltende Flickenteppich aus europäischen und nationalen Regeln vereinfacht werden könnte – und wie sich die deutsche Schuldenregel stärker an den EU-Fiskalregeln orientieren könnte.

In einer Hinsicht ist Frankreich tatsächlich eine Warnung für Deutschland: Die aktuelle Staatskrise zeigt, wie gerade die Haushaltspolitik zunehmend unter Druck gerät, wenn extreme Parteien an Zuwachs gewinnen und die politische Mehrheitsfindung im Parlament erschweren. Die Krise Frankreichs ist nicht nur eine Haushaltskrise, sondern auch eine Krise der Demokratie.

Umso wichtiger war es, dass sich in Deutschland die Parteien der demokratischen Mitte auf das Finanzpaket einigen konnten und Bereitschaft zur Reform der Schuldenbremse zeigen. Nun müssen die Gelder auch abfließen, damit die Menschen vor Ort spüren, dass die Investitionspolitik etwas zum Besseren verändert. Aktuell haben nur noch 23 Prozent der Deutschen Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Eine zukunftsgerichtete Finanzpolitik hat das Potenzial, dieses Vertrauen zurückzugewinnen.

Carl Mühlbach ist Gründer und Geschäftsführer bei Fiscal Future, einem überparteilichen Thinktank, der sich für eine zukunftsfähige Finanzpolitik einsetzt. Pippa Kolmer arbeitet als Politologin und Marina Guldemann als Politökonomin bei Fiscal Future.

Letzte Aktualisierung: 17. September 2025

Finanzen Finanzpolitik Fiskalpolitik